MITTEILUNGEN
DES BUNDES ENTSCHIEDENER SCHULREFORMER
NUMMER 11 NOVEMBER 1923

## I. Aus der Bundesarbeit

**Berlin.** Die Arbeit setzte trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten nach den Ferien befriedigend ein. Am 21. August sprach Kawerau über „Lyzealreform", der Bund nahm in einer Entschließung Stellung, Oestreich über die „Aufbauschule". Am 4. September sprach Geheimrat Wetekamp, den Kölling, der vorher im Sinne der Bundesentschließung die „Grundschulaushöhlung" gegeißelt hatte, ergänzte, zur „Lehrbuchfrage". Richtlinien von Hilker und Wetekamp fanden allgemeine Zustimmung. Die Generalversammlung hieß die Geschäftsführung des Vorstandes, in den neu gewählt wurden Hermann Kölling und Architekt Carl Schubert, gut (18. Sept.). Sie verlangte von den Behörden organisch-revolutionäre-zeitgemäße Reformschritte und Reinigung der Schulen von republikfeindlichen Vorgesetzten. Die Mitgliederzahl steigt weiter. Der Beitrag soll vom Januar ab wieder jährlich (mit der Möglichkeit vierteljährlicher wertbeständiger Ratenzahlung) eingezogen werden. Mitgliedskarten sollen jährliche Gültigkeit besitzen, Streichungen wegen Nichtzahlung trotz Mahnung werden nicht mehr mitgeteilt.

**Versammlungen.** 20. November: Die wahlfreie Oberstufe. a) Oberstudiendirektor Dr. Vilmar: An der einzelnen Schule, b) Ministerialrat Dr. Ziertmann: Als Sammelschule. — 4. Dezember: Die Schule als Tod: Prof. Dr. Th. Lessing, Hannover. 7½ Uhr: Hohenstaufenstr. 47/48 (Untergrundbahnhof Viktoria-Luiseplatz).

**Spandau.** Am 15. Juni sprach in einer Mitgliederversammlung unser Bundesfreund Fechner von der Lebensgemeinschaftsschule Neustadt über das Thema „Lebensgemeinschaftsschule und entschiedene Schulreform". Er arbeitete den Unterschied zwischen dem Alten und dem Neuen in der Schulerziehung scharf heraus. Dort Beherrschung des Kindes durch die Autorität des Lehrers, Beladung mit Wissensstoff, Schule Vorbereitung auf künftiges Leben, Einstellung auf den Wirtschaftskampf, Sport mit Konkurrenz; — hier Entwicklung der im Kinde schlummernden Anlagen; — Schule Lebensstätte; — Lehrer, Freund der Kinder. — Freiheit und Gemeinschaftssinn. Entschiedene Schulreform steht im bewußten Gegensatz zur alten Schulerziehung; in Spandauer Lebensgemeinschaftsschulen wird sich der neue Geist eine Stätte des Wirkens schaffen. „Volkserziehung, Aufbauschule und entschiedene Schulreform" war das Thema einer gut besuchten öffentlichen Versammlung in der Oberrealschule am 17. August. Das Spandauer Volksblatt schreibt darüber: „Aus Oestreich atmete an diesem Abend ein Verstehen der großen Volksnot, eine Liebe zum Volk und ein Wille zu helfen, so heiß, daß man deutlich merkte, wie er in die Herzen und in die Seele der Zuhörer drang und Anstoß wurde zu festen Entschlüssen." Die Spandauer Lehrerschaft war zahlreich vertreten, ebenso die Schuldeputation und der Volksbildungsausschuß. In der Aussprache forderte Kollege Schultze die Anwesenden auf, das Werk der neuen Schule zu fördern durch Unterstützung der Lebensgemeinschaftsschulen, die nunmehr die Anerkennung des Staates hätten und im Sinne der entschiedenen Schulreformer wirkten.

**Neue Ortsgruppen:** 1. Zwickau i. Sa.: Max Michaelis, Mittelstr. 16; 2. Rummelsburg i. Pomm.: Mittelschullehrer Dr. Schweichler; 3. Altenburg (Thüringen): Hans Schumann, Windischleuba, bei Altenburg.

**Landesverband Sachsen:**

Rudolf Götze, Dresden A. 16, Fürstenstr. 54 III. Girokonto 13 881 Dresden — Postscheck: 112 114 Leipzig.

O.-Gr.: Bautzen: Studienrat Kaubisch.
Chemnitz: Studienrat Epstein, Turnstr. 34 III.
Dresden: Studienrat Feurig, Moltkestr. 1 III.
Freiberg: O.-St.-R. Calinich, Clausallee 2 I.
Leipzig: Studienrat Leonhardt, Blumenstr. 51.
Löbau: Lehrer Feige, Neugersdorf i. Sa.
Pulsnik: Lehrer Kliemann, Großruhrsdorf 264.
Riesa a. d. E.: Frau Hörnig, Kasernenstr. 20.
Stollberg: Lehrer A. Schlegel, Herrenstr. 385.
Zwickau: Lehrer Michaelis, Mittelstr. 16.

Bezirksgruppe Westergebirge: Herbert Will, Johanngeorgenstadt.

Bezirksgruppe Vogtland: Studienrat Rülke, Auerbach i. Vogtl., Mosenstr. 10.

„Landsgemeinde"-Junglehrergruppe des Landesverbands: Lehrer H. Gröger, Hellerau/Dresden.

Ortsgruppen im Werden: Aue, Großenhein, Schneeberg, Schwarzenberg, Zittau.

**Neue Bundesliteratur.**

Entschiedene Schulreform (Oestreich), Oldenburg, Leipzig, Querstr. 17:

Heft 11. Otto Krull: Die Geißel der Kindheit. Gegen die Schreiblesemethode.

Heft 12. Hugo Sauer: Jugendberatung. Idee und Praxis 1914—1923.

Heft 13. E. v. Karman: Die Diebstähle der Kinder. Erklärung und Behandlung.

Heft 14. Paul Oestreich: Es reut mich nicht! Gesammelte Aufsätze.

**Auf dem Wege zur Produktionsschule.**

Bericht über die Produktionsschultagung.
(Aus der Berliner Volkszeitung vom 19. X. 23.)

„Und wenn draußen die Maschinengewehre tacken, wir tagen" — sprach Paul Oestreich in dem Gefühl, daß auch hier entscheidende revolutionäre Tat geschähe, und daß es nur Sache verschiedenen Verantwortungsgefühls ist, ob man jauchzend in die Kugeln stürzt oder wesentlich um die Probleme und Aufgaben der Zukunft ringt.

Und es ging hier an den vier Tagen um die entscheidende Frage der Zukunft, um die Gestaltung von Wirtschaft und Menschentum, um die neue Erziehung in Produktion zur Produktivität. Das Gesamtthema der Tagung hieß: Die Produktionsschule als Lebens- und elastische Einheitsschule zur Volkskultur, unter besonderer Berücksichtigung der Berufsschulprobleme.

Der erste Tag führte an das Thema heran, er galt der Kritik am Alten, er gab in Hilkers großzügigem Referat die Theorie der Produktionsschule, er zeigte vorhandene Stufen zu neuen Bildungen. So fesselte Adolphs Vortrag über die Genossenschaft in Gildenhall (Mecklenburg), so wußte Krohns Persönlichkeit die Versammlung zu zwingen mit seinem trotzigen „Ich kann", mit seiner Urwüchsigkeit aus bäuerlicher Arbeit in Stall und Feld. Denn er hat mit Hamburger Jungens, mit denen die alte Schule nichts mehr anzufangen wußte, sich seine „Heimschule" im Lensterhof bei Hamburg erbaut, in harter Arbeit von früh bis spät, ohne sogenannten „Unterricht". Dieser bäuerlichen Kultur, die ein Werk derben Einzelwillens ist, stellte Fröhlich die Werkschulen der Großindustrie (A. E. G., Löwe usw.) gegenüber, wo zwar im Interesse des Kapitals, aber doch in oft wertvoller Methodik praktische Menschen gebildet werden. Harleß aus Hellerau ergänzte das Bild durch die Erfahrungen aus Siedlungsschulen, es war wichtig, gerade aus diesem Munde Absage an rückwärts gewandte Romantik zu hören.

Der zweite Tag behandelte die Erziehungs- und Bildungsprobleme in der Produktionsschule. Minna Specht aus dem Nelson-Kreis in Göttingen begründet die Begriffe der Freiheit und der Bindung in wundervoll klarer Sprache und Gedankenführung; Max Hodann sprach über die sexualpädagogischen Aufgaben der Produktionsschule. Und dann wurde der Nachmittag zum Angelpunkt der Tagung, als Emil Dittmer präludierend, und dann Artur Jacobs (Essen) in entscheidender Weise das Problem von der Not der Industriemenschheit, von der Not des Proletariats aus stellte.

Daß wir kein seelisches Verhältnis zu den Dingen, zur Natur, zur Arbeit, zu unserm Körper, zu den Mitmenschen mehr haben, das ist die Tragik der Menschen, aller Menschen unserer Zeit, die sich in einem Intellektualismus mit und ohne Gedanken zerwürben. Und von hier aus wird die Notwendigkeit der Produktionsschule geboren, die aus körperseelischem Einheitsleben wächst. Es lag in der Folgerichtigkeit dieser Erkenntnisse, wenn nun Franz Hilker aus dem Industriezeitalter, aus der Bejahung der Maschine und der Technik neue Wege zur Kunst eröffnete, einer Kunst aus kollektiven Kräften, einer Kunst der Ueberpersönlichkeit, der Sachlichkeit, der Präzision. Wertvolle Lichtbilder ergänzten den Vortrag, und gerade aus diesen treffenden Gegenüberstellungen überfiel die Einsicht blitzhaft den Willigen.

Der dritte Tag gab den Aufriß der Produktionsschule vom Kindergarten bis zur Hochschule in fünf großen Referaten, an die sich abends Vorträge von Bode und Merz anschlossen. R. Bode behandelte Körperbildungsaufgaben, illustriert durch den Bode-Film, Merz zeigte Beispiele aus der Werkhausarbeit in Stuttgart.

Der Mittwoch war der Krönung des Ganzen gewidmet: der schöpferischen, der kulturellen Kraft der Produktionsschule. Eine neue Einstellung der Eltern (K. Feuerstack), ein neues Erziehergeschlecht (W. Hering), und dann die Einwirkung auf Wirtschaft und Gesellschaft. Kawerau entwickelte und begründete die Antinomie: die neue, die aufsteigende Gesellschaft gebiert die Produktionsschule, und in der Produktionsschule wird immer wieder die neue Gesellschaft geboren. Nur ein Geschlecht straffer seelischer Haltung, bereit zum Verzicht auf sogenannte erlaubte Freuden, willig zur Hingabe, wird die neue Zeit heraufführen, die neue Zeit mit neuer Wirtschaft und neuen menschlichen Beziehungen.

Der Rechtsneubildung aus dem Geiste der Produktionsschule ging Gerhard Danziger nach, und Adolf Grimme definierte die wahre weltliche Schule als die religiöse Schule, die er in einer bildhaft überreichen Sprache als die Christus-Schule aus der Kraft des revolutionären Jesus, der die Schieber hinauspeitschte, deutlich zu machen versuchte. Paul Oestreich schloß die eigentliche Tagung mit einem umfassenden Bild der Volkskultur, wie sie überall aufkeimt, wie sie planvoll zu vollenden ist auf einem Wege, der in unsäglicher Selbstvernichtung gegangen werden muß.

Am Donnerstag fanden Führungen durch Werkschulen, Heilanstalten usw. statt, am Abend zeigte Rudolf Bode im Blüthner-Saal in den Leistungen seiner jungen Männer und seiner Mädchen den Willen, der ihn beseelt. Er läßt den Menschen aus dem Schwung, aus dem Sprung, aus der Bewegung heraus leben, nachdem er all die Verkrampfungen der Glieder gelöst hat. Aber — so wertvoll dieser Abbau ist, so wenig befriedigend ist der Aufbau unter den Antrieben von außen her, unter Vernachlässigung des Rumpfes, vor allem aber der Atemübungen. Aus der Atmung heraus sollte jede Bewegung entwickelt werden.

Das ist in großen Zügen das Bild jener Tagung mit Momenten leidenschaftlicher Diskussion, wenn immer wieder der Abgrund aufriß: vor diesem Land der Zukunft liegt eine Stunde der Gewalt, der Diktatur, die alte Gesellschaft läßt die neuen Kräfte nicht gutwillig wachsen. Und war das alles nur Gerede, bereits im Strudel der täglichen Not ertrunken? Oder war das Baumaterial, das bereit liegen muß, damit in der entscheidenden Stunde gearbeitet werden kann, damit nicht wieder wie 1918 eine große Möglichkeit versäumt wird? Die Entscheidung liegt bei den Volksgenossen, ob sie bereit sind zum Neubau. *)

## II. Eingaben und Antworten

### 1. Antwort des Kultusministeriums in Sachen des Kursus für Sexualpädagogik vom 10. IX. 1923 (vgl. Juli-Nummer 1923 der N. E. B 2 a—c, S. 55).

Auf die Eingabe vom 1. Mai d. Js.

Obwohl ich nicht verkenne, daß eine ernste Beschäftigung mit Fragen der Sexualpädagogik für Lehrer und Lehrerinnen wertvoll ist, kann ich doch im

*) Die Vorträge der Tagung kommen zu Weihnachten als Buch heraus im Verlag Schwetschke & Sohn, herausgegeben von Paul Oestreich.

vorliegenden Falle die Beanstandung der betreffenden Vortragsreihe durch das Provinzialschulkollegium nicht als unberechtigt ansehen, da zu der Vortragsreihe nach dem mir erstatteten Bericht des Provinzialschulkollegiums außer den Teilnehmern an der Arbeitsgemeinschaft auch andere Hörer, auch solche aus anderen Berufen gegen Zahlung einer Gebühr zugelassen werden sollten, fiel die Veranstaltung aus dem Rahmen der Arbeitsgemeinschaft für Junglehrer heraus. Gerade bei diesem Stoffgebiet hätte es vermieden werden sollen, über den Kreis der Berufsgenossen hinauszugehen. Auch die Bedenken gegen den Vortragsplan, von denen sich das Provinzialschulkollegium bei seiner Verfügung hat leiten lassen, sind nicht von der Hand zu weisen. Die angekündigte Vortragsreihe beschränkt sich nicht auf das für den Erzieher Notwendige und weist Themen auf, für deren Behandlung eine Trennung der Hörer und Hörerinnen hätte vorgesehen werden sollen. Da die Vorlesungen des Oberstudiendirektors Dr. Goldbeck über die Psychologie des Reifealters bereits Gelegenheit gegeben hatten, sexualpädagogische Fragen zu behandeln, die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft auch schon an drei Besichtigungen des seuxalwissenschaftlichen Instituts teilgenommen hatten, so war die Besorgnis nicht unbegründet, daß infolge der zuweitgehenden Berücksichtigung des sexualen Gebietes andere für die Lehrerfortbildung wichtige Gebiete vernachlässigt würden. Ich verhehle aber nicht, daß ich gewünscht hätte, das hiesige Provinzialschulkollegium hätte vor Erlaß der Verfügung vom 21. April d. Js. seine Bedenken mit dem Leiter der Arbeitsgemeinschaft mündlich erörtert und auf eine Beschränkung und eine den Zwecken der Arbeitsgemeinschaft entsprechende Einrichtung der Veranstaltung hinzuwirken sich bemüht. I. A.: gez. Kaestner.

Bemerkung: Der Vorstand des Bundes ist mit dieser Antwort in keiner Weise zufriedengestellt. Vor allem weist er auf die merkwürdige Begründung hin, es sei eine Trennung der Hörer und Hörerinnen notwendig gewesen. Für solchen Geist klösterlicher Prüderie, für solche Moral und Unterweisung, verschieden für beide Geschlechter, hat er kein Verständnis. Auch lehnt er nachdrücklich die Meinung ab, die man wohl zwischen den Zeilen herauslesen könnte, als seien diese Fragen die alles beherrschenden Zentralfragen der Bundesarbeit; es handelt sich hier um begrenzte Arbeitsgebiete, die nur einen Teil der ungeheuren Bundesaufgaben bilden. Aber selbst hierfür versagt das Verständnis der Behörde, die vielmehr zu glauben scheint, durch solche bürokratische Regiererei den Bund im Wesentlichen zu treffen und zu hemmen.

Kawerau.

**2. Aufruf betr. Neubesetzung des Kultusministeriums in Preußen:**

15. August 1923.

Der Hauptvorstand des Bundes Entschiedener Schulreformer richtet an die Fraktionen der Links- und Mittelparteien im Deutschen Reichstage und Preußischen Landtage die dringende Aufforderung, bei Gelegenheit und im notwendigen Zusammenhange mit der Neufundierung der Reichsregierung auch in Preußen solche Änderungen vorzunehmen, wie sie die Wohlfahrt des Volkes verlangt. Vor allem wünscht der Bund, der damit auch dem heißen Wunsche weitester Kreise in Volk und Lehrerschaft Ausdruck verleiht, das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung mit einer Persönlichkeit besetzt zu sehen, die entschieden für die republikanische Staatsform eintritt, die ihre Aufgabe als die des Organisators der Volksbildung begreift und also alle Kraft dafür einsetzt, daß das Schulwesen sich zuerst allen Bedürfnissen der Volksdurchbildung, der Erziehung jedes Einzelnen, wie der Kultur- und Wirtschaftslage anpaßt, die nicht wie der bisherige Minister allein ein Minister für die höheren Schulen und Lehrer ist. Endlich muß der Anfang damit gemacht werden, daß den Versprechungen der Reichsverfassung und den Vorschriften des Grundschulgesetzes vollauf genügt wird.

**3. Eingabe betr. Herabsetzung der Wochenstundenzahl festangestellter Lehrkräfte.**

15. August 1923.

Der Vorstand des Bundes Entschiedener Schulreformer richtet an das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, an die Provinzialschulkollegien und Regierungen und Parlamente der Länder das dringende Ersuchen,

der Junglehrernot ganz wesentlich und ausreichend dadurch abzuhelfen, daß die Wochenstundenzahlen der fest angestellten Lehrkräfte herabgesetzt werden. Schon eine Ermäßigung um 2 Stunden, die angesichts der Entkräftung durch mangelhafte Ernährung und andererseits zum Zwecke der verstärkten Teilnahme an sozialpflegerischer Schularbeit (Schulkinderfürsorge) außerhalb der Unterrichtsstunden dringend erwünscht erscheint, würde, wenn die Klassenfrequenzen klein gehalten werden, ausreichen, um einen großen Teil der Junglehrer ihrem Beruf zu erhalten.

Paul Oestreich.

**4. Eingabe betr. Sabotage der Grundschule durch den Minister Boelitz vom 15. August 1920.**

Der Vorstand des Bundes Entschiedener Schulreformer unterbreitet den Parlamenten und Reichs- und Landesschulbehörden die folgenden Darlegungen und Forderungen:

Nach § 4 des Grundschulgesetzes (vom 28. IV. 1920) darf „Privatunterricht an Stelle des Besuchs der Grundschule nur ausnahmsweise in besonderen Fällen zugelassen werden".

Nach der Begründung des Gesetzentwurfes kommen für die Ausnahme in Frage: besonders gefährdeter Gesundheitszustand (doch gibt auch dieser nicht ohne weiteres ein Recht auf Privatunterricht) und außergewöhnlich weite Schulwege oder ähnliche zwingende Umstände.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß sich Privat- und Familienschulen, Zirkel u. s. f., in denen die schulpflichtigen Kinder gewisser Elternkreise untergebracht werden, ins Ungemessene mehren.

Die weiten Schulwege können, besonders in der Großstadt, als Ursache dafür nicht in Frage kommen; ebensowenig der besonders gefährdete Gesundheitszustand, da die Kinder jener Elternkreise zu den bestgepflegten und besternährten gehören.

Die Zustände haben sich noch ganz wesentlich verschlimmert, seitdem es bekannt wurde, daß laut ministerieller Verfügung als Bedingung für die Aufnahme des Schulpflichtigen in eine Privat- oder Familienschule ein ärztliches Zeugnis über den gefährdeten Gesundheitszustand nicht mehr nötig ist.

Das bedeutet nicht mehr und nicht minder als die verschleierte Wiedereinführung der Vorschulen, d. i. die allmähliche Zermürbung und völlige Auflösung der Grundschule des Volksstaates.

Der Bund Entschiedener Schulreformer ist der Überzeugung, daß dem schwer drohenden Verhängnis sofort und energisch mit allen Mitteln gewehrt werden muß.

Er fordert darum vom Herrn Minister f. W. K. u. V.:

1. Die Einschulung in eine Privat- oder Familienschule ist wieder von der Beibringung eines amtsärztlichen Zeugnisses über den gefährdeten Gesundheitszustand, überhaupt vom Erweis der unbedingten Notwendigkeit abhängig zu machen.

2. Die Entscheidung des Einzelfalles ist nach Anhörung des zuständigen Kreisschulrats einer höheren amtlichen Stelle zu überlassen.

3. Die Herren Kreisschulräte sind vom Herrn Minister f. W. K. u. V. anzuweisen, die Privat- und Familienschulen allerstrengstens zu überwachen und die bezgl. amtlichen Bestimmungen rücksichtslos in Anwendung zu bringen.

4. Es ist keinem fest angestellten Lehrer zu gestatten, an Privat- und Familienschulen Unterricht zu erteilen.

5. Für ganz Preußen ist sofort eine möglichst gründliche und umfassende Statistik über den gegenwärtigen Stand des Privat- und Familienschulwesens aufzunehmen. Sie hat zum mindesten zu enthalten: Zahl dieser Schulen in jedem Bezirk, ihre Unterbringung (Privathaus, früheres Gasthaus etc.), Art und Größe der Räume, Schülerzahl jeder Klasse, Alter der Schüler, Stand der Eltern (sehr wichtig!), Grund der Einschulung, Zahl der Lehrer für jede Schule, Amtscharakter der Lehrenden, Vorbildung, ob ein Haupt- oder Nebenberuf, Besoldung, sonstiger Erwerb, ob Vormittags- oder Nachmittagsunterricht.

Für die einwandfreie Aufstellung der Statistik sind die Herren Kreisschulräte amtlich verantwortlich zu machen.

Erst auf Grund dieser Statistik wird es möglich sein, den bereits angerichteten Schaden zu übersehen und wirksame Maßnahmen für die Wiedergesundung der Grundschulverhältnisse vorzuschlagen.

Paul Oestreich.

**5. Kundgebung betr. Lyzealreform.**

Die am 21. August 1923 im W. S. R. G. tagende, vom Bund Entschiedener Schulreformer einberufene öffentliche Versammlung lehnt die vom Herrn Minister Boelitz unter dem 21. März d. Js. erlassenen „Richtlinien für die Umgestaltung der Lyzeen und Oberlyzeen" grundsätzlich ab. Atmen doch diese Richtlinien den vornovemberlichen Geist sprachlich-philologistischer, volksfeindlicher Zielsetzung, sind sie doch ergrübelt von lebensfremden Akademikern und männerbildungstrunkenen Frauenrechtlerinnen, fehlt ihnen doch völlig ein Verständnis für ein von Leben erfülltes, in das Leben fruchtbar strömendes Frauentum. Die Versammlung sieht den Weg zur einheitlichen Schule für das Volk nicht in der Schaffung starrer, nebeneinander stehender Typen, als da sind für die Mädchen: realgymnasiale, gymnasiale oder — bis jetzt noch — oberreale Studienanstalt, Aufbauschule, deutsche Oberschule, Oberlyzeum alter Art, Oberlyzeum neuer Art und Lyzeen erster und zweiter Klasse; sie sieht die Schaffung eines einheitlichen Lehrerstandes nicht in der künstlichen Zerreißung jener Kollegien, die bisher noch einigermaßen frei vom akademischen Dünkel hier und von seminaristischer Eitelkeit dort waren. Sie fordert die innerlich elastische, einheitliche Lebens- und Produktionsschule in Gemeinschaftserziehung für Knaben und Mädchen (ohne daß immer gemeinsamer Unterricht stattfinden müßte), sie fordert den einheitlichen Lehrerstand, der seine Weihe durch die hohe, überall gleichwertige Aufgabe der Erziehung und nicht durch verschiedenartige und abgestufte Wissens-Abfragungs-Zeugnisse erhält. Die Versammlung fordert, daß auch das Kultusministerium endlich aus einer Behörde gegen Volksbildung zu einem Kulturorgan schöpferischen Lebens werde.

**6. Protest gegen den Schlageter-Rummel in den Schulen:**

Berlin-Friedenau, den 29. August 1923.

Wieder sind zahlreiche Schulen der Schauplatz nationalistisch-monarchistischer Hetze. Wurde bereits die Verfassungsfeier an vielen Stellen mißbraucht, um in den Schulen widerwärtig an die Racheinstinkte zu appellieren, während schon das Wort „Republik" sorgsam vermieden wurde, so werden jetzt in Klassenzimmern Schlageterplakate ausgehängt und den Schülern wird der Tote als Held, seine Handlungsweise als vorbildlich hingestellt. Während draußen die Koalitionsregierung zu einer Einigung mit Frankreich zu gelangen sucht und Sabotageakte und Sprengattentate als allein unsern rheinischen Mitdeutschen verderblich abschüttelt und verdammt, wird Schuljugend von nationalistischen Koalitionsgegnern zur Bewunderung des Sprenghelden erzogen! Wird der Herr Minister für Volksbildung endlich dafür sorgen, daß nicht weiterhin die Republik in den Schulen verhöhnt, nicht weiterhin Schlageter als Held gepriesen wird!? Mögen nationalistische Lehrer ihre Wut in Presse und Versammlung austoben, die Schule und die Jugend sind zu schade, um ihnen als Material zur Verhetzung zu dienen. Wer Attentate preist, mag selbst sein Leben dransetzen. Die Rheinländer hassen die Attentäter! Wer im sichern Port, hinter Schulwänden, in die Jugend Sabotage-Ideale pflanzt, handelt gewissenlos. Will der Herr Minister die Verantwortung für die unausbleiblichen Folgen des Schlageterrummels in den Schulen übernehmen? Noch einmal: Ist der preußische Kultusminister damit einverstanden, daß derart die Reichs- und Landespolitik innerhalb der Amtssphäre der Schulen durch „republikanische" Beamte verhöhnt wird? I. A.: Paul Oestreich.

**7. Leitsätze zur Schul- und Lehrbuchfrage vom 4. September 1923:**

a) Die am 4. September im Werner Siemens Realgymnasium zu Berlin-Schöneberg tagende öffentliche Versammlung des Bundes Entschiedener Schulreformer hat in der Lehrbuchfrage folgende Leitsätze angenommen, die sie dem Herrn Minister zur Kenntnisnahme und schleunigen Durchführung empfiehlt:

1. Das Schulbuch oder Lehrbuch ist die erstarrte Form einer ursprünglich vielleicht lebendigen Lehr- und Lernweise und infolgedessen mit dem Geist mo-

derner Pädagogik im Sinne einer lebendigen jugendgemäßen Arbeitsschulung nicht vereinbar. Das Lehrbuch verewigt die Lernschule und sabotiert die Arbeitsschule.

2. Darüber hinaus sind die meisten heutigen Lehrbücher schlechte Lehrbücher, weil sie aus falscher Pädagogischer Einstellung heraus entstanden sind, indem sie subjektive Meinungen als fertige Urteile statt objektiven Materials zur eigenen Verarbeitung geben (Geschichts- und Literaturbücher), zu unlebendiger Lernweise zwingen (fremdsprachl. Übungsbücher mit grammatischen Übersetzungsstücken) oder in überflüssigen gelehrten Kleinkram sich verlieren (moderne Grammatiken).

3. Zu der pädagogischen Bedenklichkeit der Lehrbücher tritt die wirtschaftliche Not. Schon bei Beginn des nächsten Schuljahres wird es den meisten Eltern unmöglich sein, ihre Kinder mit den von der Schule verlangten Lehrbüchern zu versorgen. Alle Versuche der Verbilligung von Büchern durch gemeinschaftlichen Bezug scheitern an der Unsicherheit der Preise und an dem Widerspruch der kaufmännischen Organisationen.

4. Um die Lehrbuchfrage zu lösen, sind energische pädagogische Reformen notwendig. Zahlreiche Lehrbücher können durch die Eigenarbeit der Schüler überflüssig gemacht werden, z. B. Fibeln, die schon heute in manchen Volksschulklassen von den Kindern selbst geschrieben und gemalt werden, ferner Grammatiken, fremdsprachliche Elementarbücher, Rechnen-, Mathematik-, naturwissenschaftliche und Geschichtsbücher. Die Lesebücher mit ihrem Durcheinander von unzusammenhängenden Geschichten meist moralisierenden, trockenen und greisenhaften Inhalts sind zu ersetzen durch gute wissenschaftliche und literarische Jugendschriften, Schulzeitungen, Heimatkalender (vgl. Warburger Kreiskalender) und Heimatzeitschriften, die in einer hinreichenden Anzahl von gleichen Exemplaren in der Schulbibliothek aufbewahrt und nach Bedarf den einzelnen Klassen zur Verfügung gestellt werden. Ebenso ist Gemeinbesitz und Gemeinbenutzung für alle Nachschlagebücher, Materialiensammlungen, Logrithmentafeln, Atlanten usw. möglich. Um die Mittel für die Einrichtung solcher Schulbibliotheken zu beschaffen, empfiehlt es sich, unter anderm die Bestände der jetzigen Klassen- und Schülerbibliotheken soweit sie aus Kriegsschmökern und wertlosen Unterhaltungsbüchern bestehen, als Makulatur zu verkaufen. Für die Aufstellung der neuen Klassen- oder Schulbüchereien sind nicht nur die Lehrer, sondern auch Vertreter der Eltern und der Schüler heranzuziehen. Auf diese Weise würde das Problem der Lehr- und Lernmittelfreiheit gelöst und gleichzeitig der wirtschaftlichen Not unserer Zeit Rechnung getragen.

5. Sollte sich der Herr Minister zu dieser grundsätzlichen Lösung der Lehrbuchfrage nicht entschließen können, so ist wenigstens zu fordern, daß dem Lehrer, der guten Willens ist, die Freiheit gegeben wird, im Unterricht auf die Benutzung des Lehrbuches zu verzichten. Durch feste Abgrenzung der Stoffgebiete und regelmäßige Konferenzen der Klassen- und Fachlehrer kann die Erreichung bestimmter Bildungsziele auch bei dieser freien Arbeit sicher gewährleistet werden. Die vom Herrn Minister erlassenen Rundverfügungen über möglichste Einschränkung im Gebrauch der Lehrbücher führen nicht zum Ziel, da sie die Beibehaltung oder Abschaffung von Lehrbüchern in das Belieben der Konferenzmehrheit stellen, pädagogische Gewöhnung aber allzusehr dazu neigt, alles beim Alten zu lassen.

b) Auch die folgenden, von Herrn Oberstudiendirektor Geheimrat W. Wetekamp vorgeschlagenen Leitsätze werden dem Herrn Minister mit der Bitte um Beachtung überreicht:

W. Wetekamp: Leitsätze zur Schulbuchfrage.

1. Nicht nur aus materiellen, sondern auch aus pädagogischen Gründen (Arbeitsschule!) tut eine gründliche Umgestaltung des Schulbuchwesens unbedingt not.

2. Das Schulbuch darf nicht Lehrbuch, sondern nur Materialien- und Nachschlagebuch sein, es darf dem Schüler die erzieherisch wichtigste Arbeit, die des eigenen Nachdenkens und Findens, nicht vorwegnehmen. „Methodische" Lehrbücher sind, wie hoch auch ihr Wert für die Fortentwicklung des Unterrichts in der Vergangenheit einzuschätzen ist, zu verwerfen, da sie den Lehrer zu sehr binden, den Schüler zu sehr gängeln.

3. Im Einklang mit dem vor kurzem ergangenen Erlaß des Herrn Ministers sind alle irgendwie entbehrlichen Schulbücher abzuschaffen, die übrigbleibenden sind nach Umfang und Inhalt — man vergleiche die ungeheure Raumverschwendung im Wörterverzeichnisse des „Ostermann": Hunderte von Namen, die unverändert in das Deutsche übernommen sind, werden als Vokabeln geführt, jede a verbo-Form erhält eine besondere Zeile — auf das Notwendigste zu beschränken. Im Einzelnen ist hierzu folgendes zu bemerken:

a) In der Religion genügt der kleine Katechismus, biblisches Lesebuch bezw. Bibel.

b) Im Deutschen ist eine Grammatik entbehrlich, die Lesebuchfrage ist einer gründlichen Erörterung zu unterziehen.

c) Ein Rechenbuch für die unteren Klassen dürfte entbehrlich sein. Soll es beibehalten werden, dann darf es keine reinen Zahlenaufgaben enthalten. Die eingekleideten Aufgaben müssen lebenswahr sein, die Schüler vor Probleme stellen und nicht eine mechanische Lösung verlangen.

d) In der Erdkunde ist das Lehrbuch überflüssig (9/10 des Inhalts kann und soll der Schüler aus dem Atlas selbst herausholen) und schädlich, da es ihn von der Benutzung des Atlas abhält. Ein nicht zu umfangreicher Atlas, ein solcher etwa wie der „Atlas für Berliner Schulen" (G. Westermann) reicht für alle Klassen und ein Bilderatlas (Westermann, Hirth) mit einigem vorgedruckten Zahlenmaterial aus der mathematischen Erdkunde, aus der Statistik, Angaben aus der Entdeckungsgeschichte usw. (etwa wie im Geogr. Taschenbuch, Verlag v. Chun).

e) Ein mathematisches Lehrbuch für die Oberstufe dürfte entbehrlich sein.

f) Im biologischen Unterricht ist ein Lehrbuch überflüssig. In Frage kommen kann eine nicht zu umfangreiche Sammlung guter Abbildungen und schematischer Zeichnungen und Bestimmungstabellen für die häufigsten Gattungen und Arten.

g) Im physikalischen und chemischen Unterricht ist ein Lehrbuch für die Unterstufe überflüssig und schädlich, für die Oberstufe ist zum mindesten ein bestimmtes Buch nicht zu verlangen.

h) In den Fremdsprachen hat eine gut ausgewählte Lektüre die Grundlage des Unterrichts zu bilden. Daneben ist eine auf das Notwendigste beschränkte systematisch geordnete Grammatik zu verlangen, die für alle Schulen gleich ist. Bei der in Sexta beginnenden Fremdsprache kann sie in zwei Stufen geteilt werden. Die Grammatik ist zu durchschießen, damit die Schüler ergänzende Beobachtungen aus der Lektüre eintragen können.

i) Der Erlaß des Herrn Ministers, der den Gebrauch besonderer Übungsbücher zum Übersetzen in die Fremdsprachen verbietet, ist zu begrüßen, er ist aber dahin zu erweitern, daß deutsche Übungsstücke auch nicht in die Grammatiken aufgenommen werden dürfen. Übersetzungen in die fremden Sprachen müssen als Zielleistung (Abschlußprüfung, Reifeprüfung) fortfallen.

4. Die vorgeschlagenen Maßnahmen beschränken nicht nur Zahl und Umfang der Schulbücher, sie ermöglichen auch, ohne daß die Bewegungsfreiheit der Lehrer gehemmt wird, eine Vereinheitlichung der Schulbücher mindestens für große Gebiete.

Bund entschiedener Schulreformer
Geschäftsstelle: Berlin-Friedenau, Menzelstr. 1.

**8. Protest vom 21. IX. 23.**

Der Prozeß des Friedenauer Schuldirektors Busch und des Schulrats Michaelis gegen die „Neue Leipziger Zeitung" hat aufs neue erwiesen, wie in vielen unserer Schulen immer noch eine nationalistisch-antirepublikanische Gesinnung gezüchtet wird. Der Bund Entschiedener Schulreformer fordert zur Steuer dieses Unfugs mit stärkstem Nachdruck, daß die Schulen und Provinzialschulkollegien endlich von jenen Elementen gesäubert werden, die es mit ihrem Eid auf die Verfassung vereinen können, die Republik zu verhöhnen und zu bekämpfen. Er erwartet, daß alle Lehrer angehalten werden, sich endlich mit dem Inhalt der von ihnen beschworenen Weimarer Verfassung bekannt zu machen, um die Jugend in ihrem Geiste zu erziehen.